
Zu den Ereignissen während des G20-Gipfels in Hamburg

Auch wir haben die Diskussionen um die Gegenprotesten des G20-Gipfels in Hamburg mit Interesse verfolgt¹ und möchten uns mit einem eigenen Beitrag daran beteiligen. Uns geht es dabei vor allem um eine Interpretation aus der Sicht sozialer Bewegungen.

Wenn man über die Aktionen gegen den G20-Gipfel spricht, muss man sich zunächst deren Vielfalt vor Augen führen: angefangen mit den Protestcamps über die zahlreichen kleineren und größeren Demonstrationen, wie den „Bildungsstreik“, „Welcome to

¹ Kritisch zum „Militanzfetisch“ äußerten sich Olaf Bernau, in der tageszeitung vom 15. Juli 2017, vgl. [<http://www.taz.de/!5426779/>], sowie Michael Brie, in: Neues Deutschland vom 31. Juli 2107. Kritisch dazu: Jan Ole Arps, Zur Gewaltdebatte. Warum uns der Riot öfter begegnen wird und wieso der Insurrektionalismus nicht das Problem ist, analyse und kritik, 629 (2017), vgl. [https://www.akweb.de//ak_s/ak629/48.htm]. Eine Debatte fand auch in der Nr. 421 der graswurzelrevolution statt, vgl. [<http://www.graswurzel.net/>] sowie im Heft 8/2017 der Zeitschrift konkret, darin u. a. ein Gespräch mit Andreas Blechschmidt von der „Roten Flora“ in Hamburg über seine Einschätzung des Verlaufs. Eine Übersicht zu Stellungnahmen bietet außerdem der Text von Peter Nowak auf telepolis, vgl. [<https://www.heise.de/tp/features/Wir-waren-da-wo-wir-nicht-sein-sollten-3767485.html>]. Natürlich bleiben alle Versuche, sich angesichts der Fülle von Beiträgen eine Übersicht zu verschaffen, unvollständig. Eine Analyse der Verbindungen zwischen Sozialprotesten während der multiplen Krise von 2009 und den aktuellen sozialen Bewegungen liefern Peter Birke / Max Henninger, Den Selbsterstörungsmodus deaktivieren. Nach Arabischem Frühling, Indignados und Gezi, analyse und kritik, 628 (2017), vgl. [https://www.akweb.de/ak_s/ak628/images/ak_extra_0617.pdf]. Zur Geschichte der Riots – v. a. bezogen auf spontane Aufstände in Vorstädten, was nicht unbedingt „dasselbe“ wie in Hamburg meint – siehe einige Beiträge in Sozial.Geschichte Online, zu Frankreich: Laurent Mucchielli, Urbane Aufstände im heutigen Frankreich, Sozial.Geschichte Online, 2 (2010), S. 64–115, [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24050/05_mucchielli_frankreich.pdf]; zu Großbritannien: The Free Association, Let England Shake, Sozial.Geschichte Online, 8 (2012), S. 74–93, [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-31189/06_TFA_England.pdf]; zu Schweden: Catharina Thörn, Der Aufstand in Stockholm und der Mythos der schwedischen Sozialdemokratie, Sozial.Geschichte Online, 11 (2013), S. 48–58, [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-33848/04_Thoern.pdf], sowie im Register der Zeitschrift zu „Stadtentwicklung und urbane Kämpfe“, vgl. [<https://sozialgeschichte-online.org/infos/sgo-register/>].

hell“, die „Hafenblockade“ und die Großdemonstration am zweiten Tag des Gipfels. Angesichts der massiven Zuspitzung der Konfrontation mit der Polizei nach der Zerschlagung der Demonstration am Abend des 6. Juli ging diese Vielfalt zumindest medial in dem Bild einer einzigen großen Straßenschlacht unter. Es scheint uns deshalb bemerkenswert, dass sich am Samstag, dem 8. Juli, etwa 70.000 Menschen auf die Großdemonstration wagten – bemerkenswert vor allem in Anbetracht der zu diesem Zeitpunkt unerhörten Hetzkampagne fast aller bundesdeutscher und internationaler Mainstream-Medien gegen die G20-Gegner_innen.

Unserer Ansicht nach war die Entwicklung der Ereignisse voraussehbar: Nach den Protesten von Seattle und Genua wurden die Treffen der Mächtigen in den 2000er Jahren lange Zeit an eher abgelegenen Orten abgehalten.² In Hamburg fand das Meeting nicht nur inmitten eines urbanen Zentrums, sondern auch zwischen Quartieren statt, die für eine jahrzehntelange Tradition von sozialen Protesten stehen – und noch immer von diesen geprägt sind. Kein Zweifel, dass die Ankündigung und Durchführung von G20 in Hamburg als Machtdemonstration gedacht war; nicht zuletzt vor dem Hintergrund der mehrfachen Verhinderung der Hamburger Olympiabewerbung durch den Widerstand aus der Bevölkerung: ‚Ihr könnt Olympia ablehnen, aber nicht verhindern, dass wir jeden anderen Event, den wir in Hamburg planen, auch durchführen.‘

Aufgrund der Eskalation und Konfrontation nach dem Donnerstag nahm dieses Machtspiel – getragen von martialischen Auftritten der Polizei, dem tagelangen Lärm ihrer Hubschrauber und Einsatzfahrzeuge, dem Pfefferspray und den Schlagstöcken – geradezu groteske Züge an. Es folgten lächerlich wirkende Erklärungen von Hamburgs Bürgermeister Scholz, Innensenator Grote und diversen Bundespolitikern, die nach einem völlig aus dem Ruder gelau-

² Vgl. zu diesem Punkt das Interview mit Jan van Aken in der Wochenzeitung Der Freitag vom 10. Juli 2017, vgl. [<https://www.freitag.de/autoren/lutz-herden/wir-haben-uns-die-strasse-zurueckgeholt>].

fenen Einsatz erklärten, ebendiese Polizei habe keinerlei unberechtigte Gewalt ausgeübt und auch ansonsten „alles richtig gemacht“. Ihren Nachhall findet diese groteske Szenerie, die dem Polizeistaat alle Ehre erweist, in den erstinstanzlichen Urteilen gegen gefangen genommene Gipfelgegner, in denen jahrelange Haftstrafen mit einzelnen Steinwürfen und dem Widerstand gegen Festnahmen durch „Einnehmen einer Embryonalstellung“ begründet werden.³

Tatsächlich gelang es der Polizeiführung, nachdem die brutale Räumung des Camps auf der Elbinsel Entenwerder im Vorfeld medial noch ablehnende bis kritische Reaktionen ausgelöst hatte,⁴ in der Zeit von Donnerstag bis in die Woche nach dem Gipfel hinein, die Hoheit über die Definition der Ereignisse zu übernehmen. Das betraf zunächst die inhaltliche Dimension der Proteste, die völlig von der Polizeiberichterstattung verdeckt wurde: tagelang kein Wort über das Paktieren der Bundesregierung mit Diktatoren und Autokraten aus aller Welt. Kein Wort über die Aufgabe, die Kriege im globalen Süden endlich zu beenden. Kein Wort über Grenzzäune und Tote im Mittelmeer. Und schon gar kein Wort über die Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern. Stattdessen: Pressteams, die neben schwarz gekleideten Menschen herliefen, die Steine warfen; Titelseiten, die den Riot zugleich ästhetisierten und zum eigentlichen Gegenstand des Ereignisses machten;⁵ völliges Verschweigen aller anderen Inhalte – einschließlich des Gegengipfels. Weitgehend akzeptiert wurde zudem der illegale Ausschluss dutzender kritischer Medienvertreter von der Akkreditierung. Charakteristisch für das erfolgreiche polizeistaatliche mediale *Clearing* war

³ Das erste Urteil ging selbst der *Zeit* zu weit, die sich ansonsten der medialen Empörung über die „Gipfelgewalt“ angeschlossen hatte, vgl. [<http://www.zeit.de/2017/36/g20-gipfel-gegner-hamburg-prozess-urteil>].

⁴ Tageszeitung vom 3. Juli 2017, vgl. [<http://www.taz.de/!5426086/>].

⁵ Die Bildseite der Berichterstattung wäre eine eigene Analyse wert. Siehe, neben Hunderten anderer Bilder, die bereits im Vorfeld veröffentlichten Motive aus der Hamburger Morgenpost, vgl. [<http://www.mopo.de/hamburg/politik/-g-20-gipfel-im-rathaus—dann-wird-hamburg-zur-festung-23492256>], und danach der Titel des Stern; hierzu auch die Bilanz auf [<http://meedia.de/2017/08/16/einzelverkaufe-spiegel-und-stern-punkten-am-kiosk-mit-titelstories-zum-g20-debakel/>].

während des Gipfels und in den Tagen danach der Umstand, dass es in nahezu allen Medien nur (stark zu bezweifelnde) Zahlen über verletzte Polizist_innen und zunächst weder Meldungen über Polizeiübergriffe noch verletzte Demonstrant_innen gab. Die wilde Diskussion über die Schließung der Roten Flora oder das Verbot von *linksunten.indymedia* können als Konsequenz aus dieser Konstellation betrachtet werden. Dass eine Minderheit von Journalist_innen überwiegend in den Wochen nach G20 Gelegenheit erhielt, auch andere Perspektiven der Ereignisse darzustellen, ändert nichts an dem erschreckenden Augenblicksbild: Es geht zu schnell und zu einfach, die Berichterstattung über ein politisches Ereignis zu einer reinen Propagandaschau verkommen zu lassen.

Die Taktik der Polizei hat dabei den Verlauf der Proteste weitgehend bestimmt. Wichtig ist hier vor allem zu bemerken, dass die Zerstreuung der Proteste mehrheitlich der Initiative der Polizei geschuldet war. Dabei war die Überraschung nicht, dass die Polizei die Demonstration am Donnerstagabend angriff und unter Einsatz heftigster Gewalt zerschlug. Und es erstaunte auch nicht, dass das während der Verhandlungen mit der Demonstrationsleitung geschah und unter einem der üblichen Vorwände. Erstaunlich war eher, dass dies nur der Auftakt war – das Auseinandertreiben von Versammlungen, ob angemeldet oder spontan, wurde für zwei Tage zum Hauptmoment des Polizeiauftritts. Dabei kam es im Vergleich zu ähnlichen Großereignissen nur zu wenigen Festnahmen. Anders als beim Klimagipfel in Kopenhagen (2009) oder teilweise schon in Heiligendamm (2007) ging es also offenbar nicht darum, den Protest von der Straße in die bereitgestellten Zellen zu verfrachten. Am Freitag ging dann der Fokus auf den Protest gegen G20 gänzlich verloren, und die an die polizeiliche Sperrzone angrenzenden Quartiere wurden zum Ort zahlloser kleinerer Gefechte zwischen Polizei, Protestierenden und am Vergnügen und der Schau interessierten Passant_innen. Aus dieser Sicht erscheint es uns falsch, die Riots, die am Freitagabend im Schanzenviertel stattfanden, einseitig als Moment der Emanzipation zu romantisieren. Interpretationen,

dass die Stunden, in denen die Polizeieinheiten zwischen Susannen- und Schanzenstraße nicht vorrückten, Stunden der Autonomie und Freiheit waren, erscheinen uns merkwürdig verkürzt.⁶ Zumindest müsste dies anhand der Motivation und Wahrnehmung von Teilnehmenden untersucht werden. Unberücksichtigt bleiben sollte dabei nicht, dass es ein breites Spektrum an Gefühlslagen gab.

Die Definitionshoheit der Polizei führte dazu, dass sich die an die rote Zone angrenzenden Quartiere in eine fragmentierte Landschaft auflösten. Selbst wenn man Jahrzehnte in Hamburg lebte, wusste man zwischen Wasserwerfer und Räumfahrzeug irgendwann nicht mehr, wo man sich auf dem Stadtplan der Zusammenstöße mit der gewaltbereiten Polizei befand. Die durch „Recht auf Stadt“ besetzten Orte (vor allem das Centro Sociale und der Arrivati-Platz) gingen zeitweise in dieses zelluläre Geschehen ein,⁷ das unter anderem dadurch bestimmt war, dass Aktivist_innen versuchten, desorientierte Leute vom Anzünden von Müllcontainern vor sozialen Zentren oder vom Werfen von Steinen auf dem Arrivati-Platz abzuhalten – ebenso wie es notwendig wurde, am Rande des Viertels Übergriffe von empörten Bürger_innen auf als „schwarzer Block“ identifizierte Passant_innen zu verhindern. Festzuhalten bleibt, dass es in vielen Situationen nur ein mehr oder weniger individualisiertes Handeln gab. Und obwohl diese Form der Zerstreung und Individualisierung von Protest bisher gute Erfolge gezeigt hatte, etwa bei den Protesten in Heiligendamm 2007, war sie diesmal eine Voraussetzung dafür, dass sich die oben skizzierte Dominanz des Polizeistaats über die Definition der Ereignisse durchsetzen konnte.

Dabei korrespondierte die Vielfalt der Proteste eigentlich mit den Strategien der politischen Linken. Im Vergleich mit ähnlichen Kampagnen fällt dabei auf, dass der Streit um die Gewaltfrage ab-

⁶ Dieses Motiv bemüht bspw. Arps, Zur Gewaltdebatte (wie Anm. 1). Siehe auch das Statement von Karl-Heinz Dellwo, vgl. [<https://de-de.facebook.com/laikaverlag/posts/1545709148836700>].

⁷ Vgl. die Presseerklärungen von „Recht auf Stadt“ vom 11. Juli 2017 sowie vom 15. Juli 2017, vgl. [<http://www.rechtaufstadt.net/>].

wesend war oder vielmehr erst nach dem Ereignis geführt wurde. Dies mag auch damit zu tun haben, dass die verschiedenen Gruppierungen der Linken während der Protesttage in Hamburg kaum noch miteinander kommunizierten. In einer sicherlich unvollständigen Aufzählung, sollen die verschiedenen Formen strategischen Handelns kurz skizziert werden:

- Brennende Mülltonnen: Dezentrale Schauplätze eröffnen – um den Polizeieinsatz selbst zu zerstreuen und an anderen Orten auftauchen zu können.
- Barrikaden: Die Polizei hindern, einen bestimmten Raum zu besetzen.
- Platzbesetzungen: Einen Freiraum für die eigene Diskussion und eine alternative Öffentlichkeit schaffen sowie den kommodifizierten Stadtraum öffnen.
- Hafenblockade: Die „kapitalistische Logistik“ stören und unterbrechen. „Nicht am Zaun der Mächtigen rütteln“, wie es eine Gruppe der Interventionistischen Linken propagierte.⁸
- Doch am Zaun rütteln: Sichtbar zum Ort des Gipfels vordringen. Das Demonstrationsverbot durchbrechen.
- Aufmerksamkeitspolitik: Die mediale Unsichtbarmachung der Proteste durchbrechen.

Wir sagen nicht, dass eine dieser strategischen Positionen „politischer“ ist als eine andere. Aber dennoch finden wir die Bemerkung wichtig, dass sich die Optionen nicht immer einfach, wie es die linke bis linksradikale Harmonie manchmal vorgaukelt, „ergänzen“. Es kommt vielmehr häufig zu Widersprüchen und Zielkonflikten. Am Freitag gelangten etwa 1.000 Protestierende bis fast vor die Elbphilharmonie, wo mit Erdogan, Putin und der *Ode an die Freiheit* gefeiert wurde. Der Fluss trug den Lärm der Demonstration bis dorthin, aber der Fokus von Protest und Presse war auf der

⁸ Interview mit radical M, Göttinger Perspektiven auf den G20-Gipfel in Hamburg, vgl. [<http://monstersofgoe.de/2017/07/28/goettinger-perspektiven-auf-den-g20-gipfel-2017-in-hamburg-erster-teil/>].

Reeperbahn, also dort, wo man angeblich hätte Kräfte binden können. Das halten wir für ein Problem, und die Frage, wo und wie im Rahmen einer solchen Kampagne wie jener gegen G20 Räume geschaffen werden können, um Zielkonflikte zu besprechen, halten wir für relevant. Auch wenn wir wissen, dass diese Frage angesichts einer kaum kalkulierbaren Dynamik solcher Ereignisse schwer zu beantworten bleibt. Jedenfalls zeichnen sich Erklärungen aus der Linken, die nach Hamburg abgegeben wurden, meist durch eine bloße Wiederholung jener Positionen aus, die im Verlauf der Ereignisse selbst eingenommen worden sind. In Bezug auf das Spektrum dieser Äußerungen neigen wir dazu, eher denjenigen recht zu geben, die die Ereignisse für ein sehr ambivalent zu beurteilendes politisches Lehrstück halten.

So gingen die inhaltlichen Ziele der Proteste zum Teil in einer ebenso martialischen wie nichtssagenden Rhetorik unter („Welcome to hell“), die den Fokus auf das Steinewerfen geradezu beschwor und die eher davon lebte, dass sie die Mühen des Alltags (oder, wenn man so will, der „Vorhölle“) systematisch ausblendete.⁹ Aus dieser Sicht müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie der mehr oder weniger symbolische Protest mit einer alltäglichen Verankerung unserer Kritik an der kapitalistischen Ordnung verbunden werden kann. Dabei ist auch nicht als lapidar abzutun, dass die Massenwirksamkeit der Kritik am Protest durch den Konsens getragen wurde, dass die „Verkleidungen“ von Linken abgelehnt wurden.¹⁰ Man mag eingestehen, dass Proteste immer eine Art Karneval sind und dass das gerade ihre Dynamik ausmacht: Darum geht es in der öffentlich wirksamen Ablehnung der sogenannten „Vermummung“ aber nicht – sondern um die (selbstverständlich oft mit Resentiments aufgeladene) Feststellung, dass „diese Leute nichts mit mir zu tun haben“. Die Frage ist dann auch nicht so sehr, warum

⁹ Einer Stellungnahme aus der Interventionistischen Linken ist in dieser Hinsicht kaum etwas hinzuzufügen, vgl. [<http://blog.interventionistische-linke.org/g20-gipfel/es-braucht-mehr-als-ein-nein>].

¹⁰ Ebd.

diese Feststellung gemacht wird, sondern warum sie offenbar auf eine sehr breite Resonanz trifft. Wir vermuten, dass das damit zu tun hat, dass die Verkleidungen von vielen als maximale Entfernung von alltäglichen Konflikten identifiziert werden. Die mitunter in der Linken durchaus vorhandene und teils sogar nach dem Gipfel propagierte Fetischisierung von Verkleidungen verstellt genau diese Erkenntnis und damit jede Form des Nachdenkens darüber, wie eine Vermittlung aussehen könnte.¹¹

Andere Positionen hingegen wollten in der jüngsten Vergangenheit das Karnevaleske nicht unterbinden, sondern popularisieren: siehe etwa die Debatte, die durch die Rebel Clowns Army ausgelöst wurde,¹² oder die Performances des Schwabinggrad-Balletts in Hamburg. Diese Ansätze, die in Hamburg, symbolisiert durch „Megaphon-Ballett“ oder „blauen Block“, randständig geblieben sind, heben das Problem der Verankerung des Performativen im Alltag aber keineswegs auf. Und es betrifft zugleich nicht nur eine bestimmte Szene innerhalb der radikalen Linken, sondern ist ein allgemeines Problem: Die Stellungnahme einer Gruppe, die an der Vorbereitung der „Hafenblockade“ beteiligt war, und die bedauernd konstatiert, dass es kaum gelungen sei, Hafenarbeiter_innen zu mobilisieren, illustriert dies etwas unfreiwillig: Man kann sich ja an dieser Stelle durchaus fragen, wie viel Kontakte man, auch wenn man weit ab vom Hafen wohnt, zu Arbeiterinnen und Arbeitern hat.¹³

Was in der Hamburger Linken nach G20 geschah, holt diese Forderung unseres Erachtens wenigstens zum Teil ein. So kann etwa die Stadtteilversammlung im Hamburger Millerntor-Stadion, an der über 1.000 Menschen teilnahmen, als Moment der Wiederbesetzung

¹¹ Dass diese Fetischisierung mit der merkwürdig relativistischen Position verknüpft ist, dass „jede Gewalt anders definiert“ wird, macht die Sache auch nicht besser, vgl. [<https://www.heise.de/tp/features/99-Posse-zu-G20-Jeder-definiert-Gewalt-anders-3797960.html>].

¹² Vgl. die Projekte des laboratory for insurrectionary imagination [<http://www.labofii.net/>].

¹³ Die Feststellung, die „Hafenblockade“ sei ein „großer Erfolg“ gewesen, ändert überhaupt nichts an dieser Situation. Sie ist zudem ungläubwürdig, weil jeder, der

des öffentlichen Raums angesehen werden: Kaum ein Wort der Entsolidarisierung mit den von der Polizei Festgenommenen, so gut wie keine Ressentiments, dafür aber das Bestreben, die Formen der politischen Aktion und des politischen Protestes selbst bestimmen zu wollen.¹⁴ Ähnliche Momente hatten die spontane Ablehnung des Auftritts von Martin Schulz im Schanzenviertel einige Tage nach G20 oder die Erklärung einiger Ladenbesitzer_innen des Viertels, die vor allem gegen die öffentlichen Angriffe auf die Rote Flora gerichtet waren.¹⁵ In solchen und ähnlichen Initiativen sehen wir eine wesentliche Grundlage einer Neu-Verortung von Massenprotesten wie in Hamburg. Denn erst an diesem Punkt, der Verbindung zwischen Karneval und Sozialprotesten jenseits der tollen Jahreszeit, wird es wirklich interessant: Zentral erscheint uns dabei der Vorschlag, von den großen Kampagnen gegen Gipfeltreffen oder Austeritätspolitik zwar nicht abzulassen, aber über die Inhalte und die Verbindung mit anderen Kämpfen systematisch nachzudenken.

Die Redaktion

mal auf der Köhlbrandbrücke im Stau gestanden hat, an ihr zweifeln muss. Dabei soll nichts gegen die „Hafenblockade“ und den neuen Fokus eines Teils der radikalen Linken auf das Thema „Logistik“ gesagt werden: Aber man hätte genauso „wahr“ und „glaubhaft“ erklären könne, man habe an einem Nachmittag Nordrhein-Westfalen blockiert. Es wäre dabei allerdings gut zu entscheiden, ob man von einer „symbolischen“ Aktion spricht oder nicht, vgl. die Erklärung zu „Hafenblockade“ in: redical M, Göttinger Perspektiven, (wie Anm. 14).

¹⁴ St. Pauli selber machen, Bericht zur außerordentlichen Stadtteilversammlung am 20. Juli, [<http://www.st-pauli-selber-machen.de/?p=24284>].

¹⁵ Vgl. [https://www.reddit.com/r/de/comments/6msvo2/stellungnahme_eini-ger_gesch%C3%A4fts_und/]. Allerdings sucht man auch in dieser Stellungnahme vergeblich nach den Spuren der freien Assoziation und den Boten aus der kommenden Gesellschaft, die Jan Ole Arps und Karl-Heinz Dellwo in dieser Nacht im Schanzenviertel entdeckt haben wollen.